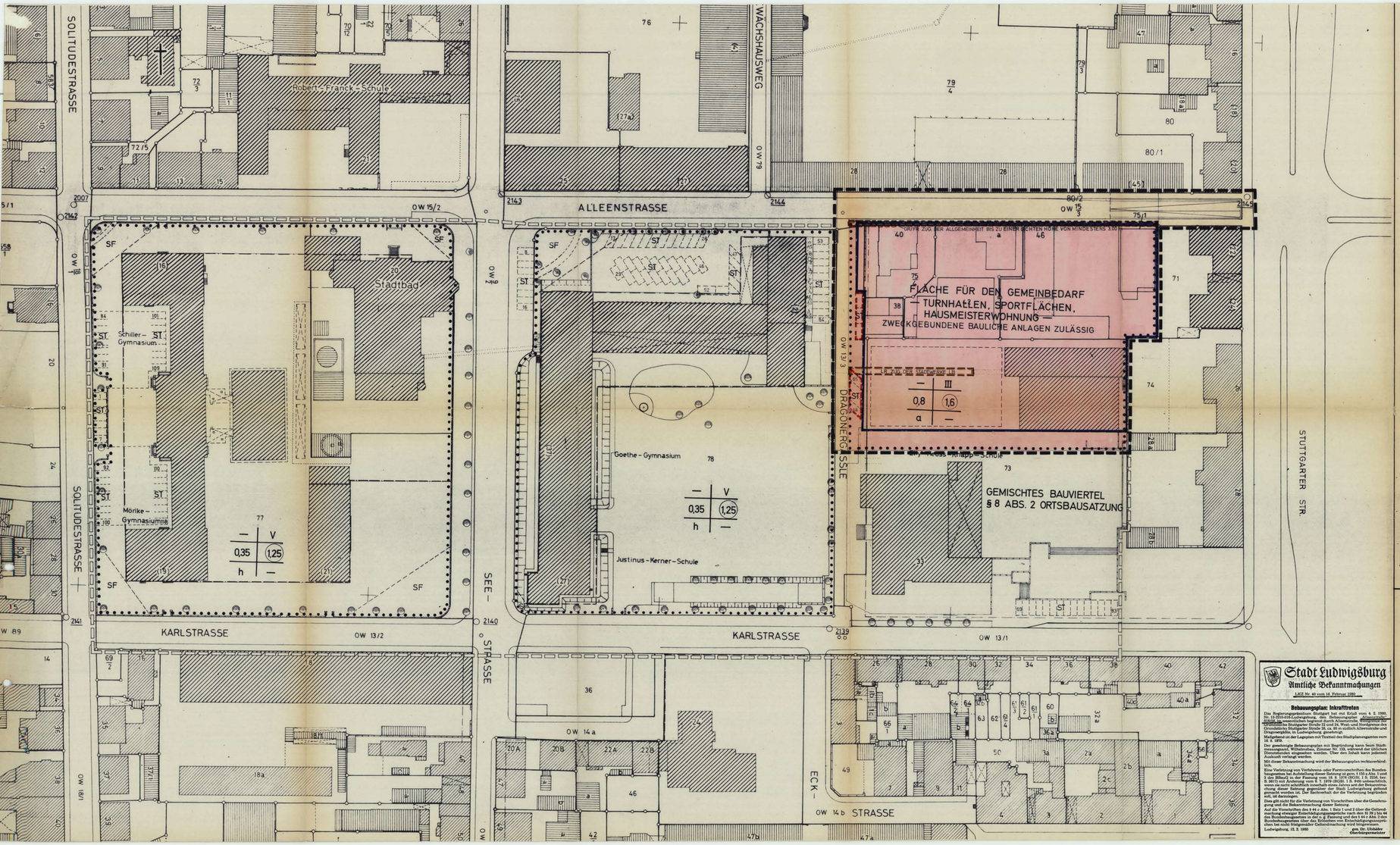


Stadt Ludwigsburg
Amtliche Bekanntmachungen

LKZ Nr. 40 vom 14. Februar 1980

Bebauungsplan: Inkrafttreten

Die Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Erlaß vom 4. 2. 1980, Az. 13-2210-016-LB gemäß § 11 Abs. 3 Baugesetzbuch (BBauG) vom 23.6.1960 in der zweiten Fassung durch Änderungsgesetz vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) genehmigt den Bebauungsplan „Alleenstraße" der Gemeinde Stuttgarter Straße 32 und 34, West- und Nordgrenze des Flurstücks 71 und Ostgrenze des Flurstücks 80 im südlich Alleenstraße und Dragonerkasseele, in Ludwigsburg, gemäß der Anlage.

Maßgeblich ist der Lageplan (mit Textteil) des Stadtplanungsamtes vom 16. 8. 1979.

Der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung kann bei Stadtplanungsamt, Rathaus, Zimmer 1 und 2 und 3 und 4 und 5 und 6 während Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt kann jederzeit Auskunft verlangt werden.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Nach Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei Aufstellung dieser Satzung (§ gem. § 155 a Abs. 1 und 2 des BBauG) in der Fassung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256, ber. 1977 I S. 269) und § 214 Abs. 1 Nr. 1 BBauG) ist eine Geltendmachung nach erfolgtem unwirksam ist, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ludwigsburg geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt der die Verletzung begründen soll ist darzulegen.

Dies gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung dieser Satzung.

Auf die Vorschriften des § 44 e Abs. 1 Satz 1 und 2 über die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen. Auf die des Bundesbaugesetzes in der g. Fassung und der § 44 e Abs. 2 des Bundesbaugesetzes über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Ludwigsburg, 13. 2. 1980

gez. Dr. Uhlmann
Oberbürgermeister

PLANZEICHENERKLÄRUNG

GEMÄß § 2 DER VERORDNUNG ÜBER DIE AUSARBEITUNG DER BAULEITPLÄNE SOWIE ÜBER DIE DARSTELLUNG DES PLANINHALTS (PLANZEICHENVERORDNUNG) VOM 19.1.1965

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES § 9 7 BBAUG

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

0,8 GRUNDFLÄCHENZAHL § 19 BAUNVO

(1,6) GESCHOSSFLÄCHENZAHL § 20 BAUNVO

III ZAHL DER VOLLGESCHOSSE HÖCHSTGRENZE § 18 BAUNVO

BAUWEISE, BAULINIE, BAUGRENZE § 9 1 2 BBAUG

a ABWEICHENDE BAUWEISE § 22 4 BAUNVO

BAUGRENZE § 23 BAUNVO

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

BAUGEBIET FLÄCHE NACH DER BESONDEREN ART IHRER BAULICHEN NUTZUNG

ANZAHL DER VOLLGESCHOSSE BZW. HÖHE DER GEBÄUDE

GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ) VERHÄLTNIS DER GRUNDFLÄCHE ZUR GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ) VERHÄLTNIS DER GESAMTEN GESCHOSSFLÄCHEN ZUR GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

FLÄCHEN FÜR GEMEINBEDARF § 9 (1) 5 BBAUG

TURNHALLEN, SPORTFLÄCHEN, HAUSMEISTERWOHNUNG

VERKEHRSFLÄCHEN ÖFFENTLICH § 9 1 11 BBAUG

DIE AUFTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSFLÄCHEN IST RICHTLINIE.

WEITERE FESTSETZUNGEN

LR LEITUNGSRECHT ZUG, DER STADTWERKE LUDWIGSBURG § 9 1 21 BBAUG

GR/FR GEH- UND FAHRRECHT ZUG, DER ALLGEMEINHEIT § 9 1 21 BBAUG

ST FLÄCHE FÜR STELLPLÄTZE § 9 1 4 BBAUG

KENNZEICHNUNGEN

GEHWEG
FAHRRADWEG
GEHWEG
GEHWEG

RAMPE DIE AUFTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSFLÄCHEN IST RICHTLINIE.

KENNZEICHNUNGEN AUS ANGRENZENDEN BEBAUUNGSPLÄNEN

NR. 016 01 VOM 12.4.1968 UND BEZ. 17 NR. 6 VOM 28.2.1928

BUNDESBAUGESETZ VOM 23.6.1960 UND BAUNUTZUNGSVERORDNUNG VOM 26.6.1962

GELTUNGSBEREICH ANGRENZENDER BEBAUUNGSPLÄNE § 9 5 BBAUG

BAUGRENZE § 23 3 BAUNVO

ST FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE § 9 1 1 e BBAUG

V ZAHL DER VOLLGESCHOSSE HÖCHSTGRENZE § 18 BAUNVO

0,35 GRUNDFLÄCHENZAHL § 19 BAUNVO

(1,25) GESCHOSSFLÄCHENZAHL § 20 BAUNVO

FLÄCHE FÜR GEMEINBEDARF § 9 1 1 f BBAUG

SF SICHTFELD — VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN § 9 1 2 BBAUG

h HAUSGRUPPEN § 22 4 BAUNVO

TEXT

IM GELTUNGSBEREICH GILT, SOWEIT DURCH ZEICHNUNG, FARBE UND SCHRIFT IM EINZELNEN NICHTS ANDERES FESTGESETZT IST, FOLGENDES:

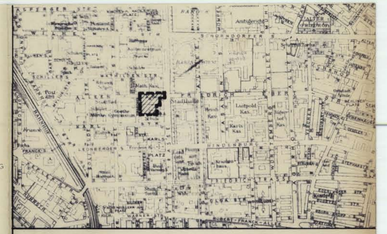
PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 BBAUG

1. ABWEICHENDE BAUWEISE § 22 4 BAUNVO, § 9 1 2 BBAUG
AN DER WESTSEITE DER FLURSTÜCKE 71 UND 74 GEB. STUTTGARTER STRASSE 22, 24, 26 IST GRENZBAU VORGESCHRIEBEN. FÜR DIE RESTLICHEN GRUNDSTÜCKSGRENZEN GELTEN DIE VORSCHRIFTEN DER OFFENEN BAUWEISE § 22 2 BAUNVO.

2. STELLPLÄTZE UND GARAGEN SIND IM GESAMTEN PLANBEREICH ZULÄSSIG § 9 1 4 BBAUG

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 4 BBAUG

1. DACHAUFBAUTEN § 111 1 8 LBO
ZUR UNTERBRINGUNG VON HAUSTECHNISCHEN ANLAGEN SIND BIS ZU EINER MAXIMALEN HÖHE VON 4,00 M OBERHALB DER ZULÄSSIGEN ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ZULÄSSIG.



ÜBERSICHT M 1 : 10 000

HINWEISE

IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES WERDEN BAUGRUNDUNTERSUCHUNGEN EMPFOHLEN (STELLUNGNAHME DES GEOLOGISCHEN LANDESAMTES VOM 2.5.1978).

DIE PLANUNTERLAGE WURDE IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM LIEGENSCHAFTSKATASTER GEFERTIGT.

STADTMESSUNGSAMT LUDWIGSBURG, DEN 16.08.1979

N

M. 1 : 500

STADT LUDWIGSBURG

Bezirk 17 Nr. 31 102

BEBAUUNGSPLAN ALLEENSTRASSE 016/06

STADTPLANUNGSAMT LUDWIGSBURG, DEN 16.8.1979

URFASSUNG
ZUM PLANUNGSRECHTLICHEN VERFAHREN
§§ 1 BIS 10 BBAUG

RECHTSGRUNDLAGEN

BUNDESBAUGESETZ (BBAUG) VOM 18.8.1976 (BGBl., I S. 2256, BER. S. 3617)

BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) VOM 15.9.1977 (BGBl., I S. 1763)

PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19.1.1965 (BGBl., I S. 21)

LANDESBAUORDNUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG (LBO) VOM 20.6.1972 (GBL. BL. 352) MIT ÄNDERUNGEN

VERFAHRENSVERMERKE

ZUR AUFSTELLUNG BESCHLOSSEN DURCH GEMEINDERAT AM 1.3.1978 § 2 1 BBAUG

ZUR ÖFFENTL. AUSLEGUNG BESCHLOSSEN DURCH GEMEINDERAT AM 26.9.1979 § 2a 6 BBAUG

ÖFFENTLICH AUSGELEGT IN DER ZEIT VOM 15.10.79 BIS 15.11.79 NACH BEKANNTMACHUNG IN DER LKZ AM 6.10.1979 § 2a 6 BBAUG

ALS SATZUNG BESCHLOSSEN DURCH GEMEINDERAT AM 12.12.1979 § 10 BBAUG

GENEHMIGT DURCH ERLASS DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS STUTTGART NR. 13-2210-016-LB VOM 4.2.1980 § 11 BBAUG

BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG IN DER LKZ EINTRITT DER RECHTSVERBINDLICHKEIT AM 16.2.1980 § 12 BBAUG

MIT RECHTSVERBINDLICHKEIT DIESES PLANES TREten IM GELTUNGSBEREICH ALLE BISHERIGEN BAUVORSCHRIFTEN UND BEBAUUNGSPLÄNE AUSSER KRAFT, INSBESONDERE BEBAUUNGSPLAN

ZUR BEURKUNDUNG LUDWIGSBURG, DEN 18. 2. 80

i.V. Bogner
Bürgermeister